

Schäfer sollen Weidetierprämie bekommen

Landwirtschaft Rheinland-Pfalz unterstützt den dringenden Wunsch der Halter – Viele stehen sonst vor dem Aus

Von unserer Mitarbeiterin
Gisela Kirschstein

■ **Rheinland-Pfalz.** Sie stehen für Nostalgie und entschleunigtes Landleben, tatsächlich sind sie hochmoderne Landschaftspfleger und Weideinstandhalter: 68 700 Schafe wurden im Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz gehalten, das entspricht 4,3 Prozent aller rund 1,6 Millionen Schafe in Deutschland. Während Umweltämter zunehmend die tierischen Rasenpfleger schätzen, die wichtige ökologische Flächen von Überwuchs freihalten, geht es ihren Haltern nicht besonders gut: Erst vor wenigen Wochen übergaben Schäfer der Landespolitik einen Brandbrief, denn jedes Jahr geben etliche Schäfer aus Existenzgründen auf.

Das Land Rheinland-Pfalz würde deshalb gern eine sogenannte Weidetierprämie einführen. „Wir sprechen uns für eine Prüfung aus und werden den Vorschlag auch auf der nächsten Umweltministerkonferenz in vier Wochen machen“, sagte Umweltstaatssekretär Thomas Griese nun im Umweltausschuss des Mainzer Landtags. Das Land selbst kann nämlich keine Weidetierprämie einführen, dafür müsse der Bund grundsätzlich die Voraussetzungen schaffen, heißt es aus dem Mainzer Wirtschaftsministerium. Die Agrarminister hatten 2013 die Einführung einer Weidetierprämie abgelehnt.

Derzeit können in Rheinland-Pfalz nur Schäfer von Förderprämien profitieren, die auch eigenes Weideland besitzen. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums wurden zuletzt die Prämien für die umweltschonende Bewirtschaftung von Grünland von 85 Euro auf 110 Euro pro Hektar angehoben und dazu ein neues Bonusmodul für Schaf- und Ziegenhalter in der umweltschonenden Bewirtschaftung eingeführt: Hier können kleinere Schafhalter einen zusätzlichen Bonus von 60 Euro pro Hektar bekommen.

„Schäfer mit eigenen Flächen haben mit dem System der Direktzahlungen eine Absicherung“, sagte Griese. Das Problem: Wanderschäfer ohne eigene Flächen,



Idyllische Szene im Abendlicht: Nicht in Griechenland, sondern auf dem Ziemert über Sinzig im Kreis Ahrweiler entstand diese Aufnahme einer Schafherde. Doch die Schafhaltung ist mittlerweile alles andere als idyllisch, sondern kaum noch finanzierbar.

Foto: Manfred Ruch

Im Detail

68 700

Schafe wurden 2017 in Rheinland-Pfalz gezählt. Das sind 4,3 Prozent aller rund 1,6 Millionen bundesdeutschen Schafe.

deren Tiere auf wechselnden Flächen weiden, helfe das nichts. Diese Wanderschäfer seien bedroht, weil sie keine Absicherung hätten. Genau deshalb wolle das Land prüfen, „wie man denen helfen kann“, sagte Griese.

Jedes Jahr geben etliche Schäfer auf, heißt es beim rheinland-pfälzischen Landesverband der Schafhalter, Ziegenhalter und Züchter. Nach Angaben des Verbandes gibt es in Rheinland-Pfalz noch 60 bis 80 Vollerwerbsschäfer, in den 1980er-Jahren waren es noch mehrere Hundert. Gründe für die Aufgabe seien niedrige Preise für Wolle und Lammfleisch, mangelnder Nachwuchs und der Rück-

gang der Weideflächen. Auch die Rückkehr des Wolfes spiele eine Rolle, heißt es bei dem Verband.

Bei den Schäfern selbst heißt es indes, die Preise für Lammfleisch würden auf lokaler Ebene durch den globalisierten Wettbewerb

stark gedrückt. Durch unvorhersehbare Tierarztkosten oder notwendiges Zufüttern im Winter könne der Jahresgewinn „schnell gegen null und auch noch tiefer sinken“, heißt es bei der Wanderschäfer Klein im Westerwald. Die Schäfer sei akut in ihrer Existenz bedroht, sagte der Betzdorfer Landtagsabgeordnete Michael Wäschenbach (CDU) unserer Zeitung. Grund sei vor allem der Wegfall von Pachtflächen.

Aktuell ziehe sich „die Schlinge fester zu, und wir stehen an einem Scheideweg, der über die Zukunft der Schäferie in Deutschland entscheidet“, heißt es in einer Interpetition des Bundesverbands der

Berufsschäfer. Eine Weidetierprämie kann demnach die Rettung für die Wanderschäfer und damit für eine jahrhundertealte artgerechte Nutztierhaltung und zugleich Kulturlandschaft der Landschaft sein. 22 EU-Staaten hätten bereits eine Weidetierprämie, nur Deutschland sei eines der wenigen Länder, das auf eine solche Prämie verzichte. Dabei geht es auch um Geld: Eine Weidetierprämie müsste aus dem allgemeinen Topf der Agrarmittel abgezweigt werden. Allerdings gehe es „nicht um unglaublich viele Betriebe“, das Prämienvolumen werde deshalb nicht relevant abschmelzen, fügte Staatssekretär Griese hinzu.

Jedes zehnte Kind im Land lebt von Hartz IV

Armut 82 270 Kinder in Bedarfsgemeinschaften – Begrenzter Spielraum für rheinland-pfälzische Politik

Von unserem Redakteur
Carsten Zillmann

■ **Rheinland-Pfalz.** Etwas mehr als jedes zehnte Kind in Rheinland-Pfalz lebt von Hartz IV. Im Dezember 2017, dem letzten Berichtsmonat der Bundesagentur für Arbeit, waren es 82 270 Kinder. In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl kontinuierlich weiter angestiegen. Zum Vergleich: Im Dezember 2012 zählte die Statistik nur 69 761 Kinder. Bei den Kindern, die jünger als drei Jahre alt sind, liegt der Anteil sogar bei 14,3 Prozent. Für Sozialpolitiker wie Daniel Köbler (Grüne) ist das keine große Überraschung. „Kinder zu bekommen, ist in Deutschland das Armutsrisiko Nummer eins“, sagt der Landtagsabgeordnete.

Der Mainzer Köbler ist selbst Vater von drei Kindern. Er und seine Frau bekamen noch während des Studiums Nachwuchs. „Da war es natürlich hilfreich, dass die Eltern ein gewisses Netz gespannt haben“, erklärt er. „Das ist aber keineswegs selbstverständlich.“ Vielmehr resultieren aus dem Aufwachsen am Existenzminimum oft große Schwierigkeiten im weiteren Lebensweg der Kinder. Zahlreiche Studien belegen, dass aus armen Kindern schnell auch arme Erwachsene werden. Sie haben schlechtere Bildungschancen, ein höheres Risiko für gesundheitliche Probleme und leiden oft unter einem verminderten Selbstwertgefühl. Hinter vorgehaltener Hand

sprechen nicht nur Fachpolitiker von „Hartz-IV-Dynastien“. Da Sozialleistungen größtenteils vom Bund geregelt werden, kann die Landespolitik diese Probleme nur indirekt angehen. „Kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule war sicher ein wichtiger Schritt in dieser Hinsicht“, sagt Köbler.

Weitere Möglichkeiten sind für ihn Beratungsprogramme: „Und zwar dort, wo wir wirklich alle erreichen.“ Er erzählt, dass gerade für bedürftige Familien der Zugang zu Förderprogrammen oder Beratungen kompliziert sei. „Deshalb brauchen wir Konzepte in den Kitas“, sagte er.

Schließlich besuche inzwischen nahezu jedes Kind im Land vor der Schule eine solche Einrichtung. Im Rahmen der Westpfalz-Initiative wurden Familienberatungszentren erfolgreich getestet. Auch in Mainz gibt es Modellprojekte. „Das System brauchen wir aber flächendeckend“, sagt Köbler. „Denn gerade auf dem Land sind die Wege besonders lang.“ Seit Jahresbeginn 2018 existiert in Rheinland-Pfalz zudem der Förderansatz „Bedarfsgemeinschaftscoaching“. Auch dabei werden – neben den Problemen der Eltern – auch die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigt. „Wichtig ist in vielen Bereichen aber einfach ein Zugang in die Familien“, sagt Köbler. „Förderung oder ein Eingreifen der Jugendhilfe ist nur da möglich, wo man Probleme auch mitbekommt.“

Agiert Rüdell wie ein Herrscher?

Politik Parteifreund erhebt massive Vorwürfe gegen CDU-Bundestagsabgeordneten

Von unserem Redakteur
Michael Fenstermacher

■ **Windhagen.** Es bebt an der Machtbasis des heimischen Bundestagsabgeordneten Erwin Rüdell, der CDU-Fraktion im Gemeinderat Windhagen (Kreis Neuwied). Der langjährige Fraktionsvorsitzende Axel Schülzchen hat nach einem Konflikt mit Rüdell seinen Rücktritt erklärt und legt sein Ratsmandat nieder – nicht ohne eine persönliche Erklärung abzugeben. Darin wirft er dem 62-Jährigen Selbstherrlichkeit, eine grobe Missachtung demokratischer Grundsätze und eine feindselige Einstellung gegenüber einem „regional bedeutsamen Unternehmen“ vor.

Ausgangspunkt des Streits ist laut der Erklärung, von Schülzchen bei einer gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion der CDU Windhagen abgegeben, die Aufstellung der CDU-Liste für die Wahl zum Ortsgemeinderat im kommenden Jahr. Am 10. April habe Rüdell ihm gesagt, dass „es künftig nicht mehr vorkommen werde, dass ein Rüdell gemeinsam mit einem Schülzchen im Gemeinderat sitzt“. Inhaltlich bestätigt dies Rüdell auf Nachfrage. Er habe schon vor Wochen der CDU in Windhagen mitgeteilt, dass er nicht mehr gemeinsam mit Schülzchen für den Rat kandidieren und sich

auf Wunsch aus der Kommunalpolitik zurückziehen würde. „Es gibt manchmal Entwicklungen, die eine gemeinsame Arbeit nicht sinnvoll erscheinen lassen“, kommentiert Rüdell das.

Schülzchen nennt in seiner Erklärung handfestere Gründe. Demnach geht es um ein Bauvorhaben von Herbert Rüdell, dem Bruder des Abgeordneten. Schülzchen hatte es wie große Teile des Windhagener Rats abgelehnt, einen Bebauungsplan abzugeben, der Herbert Rüdell eine „kaum zu beeinflussende Bebauung“ eines „Filetgrundstücks im Innerort“ ermöglicht hätte, und gemeinsam mit seinen Ratskollegen Modifizierungen durchgesetzt. Im Vorfeld der Listenbildung habe nun Erwin Rüdell von der CDU gefordert, Schülzchen nicht mehr aufzustellen. „Als Begründung gab er an, dass ich seinem Bru-

der geschadet und nicht genug geholfen hätte, dessen Pläne umzusetzen“, berichtet Schülzchen.

Im selben Gespräch sprach Schülzchen laut seiner Erklärung Rüdell auf eine abschätzige Bemerkung über ein Unternehmen an, „dem ich seit vielen Jahren verbunden bin“. Rüdell habe daraufhin erklärt, „dass er sich von einem maßgeblichen Repräsentanten dieses Unternehmens nicht genug be-

achtet fühle“. Auf das Argument Schülzchens, dass Rüdell doch nicht die rund 100 Mitarbeiter des Unternehmens wegen vermeintlicher persönlicher Spannungen abstrafen könne, habe dieser mit einer Äußerung reagiert, die Schülzchen nach eigener Schilderung „fassungslos“ machte: „Ich bin die Person des öffentlichen Lebens im Kreis Neuwied. Wer mir nicht die nötige Beachtung und den nötigen Respekt entgegenbringt, der hat meine Unterstützung nicht verdient. Ich werde diesem Unternehmen vielmehr schaden, wo immer ich kann“, habe Rüdell entgegnet. Im weiteren Gesprächsverlauf habe der Abgeordnete dann erklärt, ob dieser Haltung mit sich im Reinen zu sein: „Das ist die Gnade meines Alters und meines Erfolges. Ich bin völlig unabhängig und brauche nur noch das zu tun, was ich für richtig halte.“

Von unserer Zeitung auf die Zitate angesprochen, will Rüdell diese nicht kommentieren. „Die Anschuldigungen sind abwegig“, erklärt er nur. Die von Schülzchen gewählte Art der Auseinandersetzung sei nicht sein Stil. Durch seine politische Arbeit habe er bewiesen, die Interessen der Menschen und Unternehmen stets im Blick zu haben. „Ich habe da auch bisher keine Klagen gehört.“

Schülzchen begründet seinen Rücktritt mit dem Motiv, die Partei vor einer von Rüdell angedrohten Spaltung zu bewahren. Das „autokratische Verhalten“ Rüdells wolle er aber nicht länger hinnehmen und wäre bereit, die Richtigkeit der zitierten Äußerungen an Eidesstatt zu versichern.

Kompakt

Brandanschlag auf neue Karl-Marx-Statue

■ **Trier.** Auf die erst kürzlich in Trier errichtete Statue des Philosophen Karl Marx ist am frühen Donnerstagmorgen eine Brandtacke verübt worden. Ein an dem Bronzedenkmal befestigtes Banner sei angezündet worden, berichtete die Polizei. Die Feuerwehr habe das Spruchband gelöscht. Ein Schaden sei nicht entstanden. Die Polizei nahm Ermittlungen gegen unbekannt auf. Einem Sprecher zufolge wurde das Banner komplett zerstört, sodass auch keine Schrift zu erkennen gewesen ist. Am Denkmal selbst waren am Morgen noch kleinere Aschereste zu sehen. Es war erst am vergangenen Samstag zum 200. Geburtstag von Marx enthüllt worden.

Jetzt amtlich: Es war keine Wolfsattacke

■ **Leutesdorf.** Das Reh, das am Montag bei Leutesdorf (Kreis Neuwied) tot aufgefunden wurde, wurde mit großer Sicherheit nicht von einem Wolf gerissen. Es könnte auch eines natürlichen Todes gestorben sein. Dies teilte das Landesuntersuchungsamt dem Land nach einer pathologischen Untersuchung mit. Das Reh wies demnach lediglich Tierfraßspuren auf, die nach seinem Tod erfolgt sind. Es fanden sich keine Bissverletzungen, die ihm zu Lebzeiten zugefügt wurden.

Betagter Autofahrer hört die Polizei nicht

■ **Frankenthal.** Ein Blechschaden zu viel: Die Polizei hat im pfälzischen Frankenthal den Führerschein eines 89 Jahre alten Mannes beschlagnahmt. Ein Gericht soll ihm nun die Fahrerlaubnis endgültig entziehen. Der Senior hatte bei einem Unfall auf einem Parkplatz einen Schaden von rund 2000 Euro verursacht. Laut Polizei konnte sich der Mann aus Altersgründen kaum auf den Beinen halten, die Beamten nicht hören und auch ihren Fragen nicht folgen. Er hatte ein halbes Jahr zuvor einen ähnlichen Unfall verursacht.

Zu spät befördert: Kein Schadensersatz

■ **Koblenz.** Das Verwaltungsgericht in Koblenz hat die Klage einer Lehrerin auf Schadensersatz wegen zu später Beförderung abgewiesen. „Die Beförderung ist in hinreichender zeitlicher Nähe zur Erlangung der Befähigungsvoraussetzungen erfolgt“, teilte die Behörde mit (Az. 5 K 1383/17.KO). Die Beamtin hatte zunächst an einer Hauptschule unterrichtet und im Juni 2016 die Prüfung für das Lehramt für Real-schulen bestanden. Befördert wurde sie jedoch erst im Mai 2017, sie verlangte daher Schadensersatz.



Täter drohen mit Sexvideos

Blaulicht Polizei warnt vor einer neuen Masche

■ **Rheinland-Pfalz.** Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz (LKA) warnt vor einer neuen digitalen Erpressungsmasche. Wie die Behörde am Dienstag mitteilte, versenden die Täter seit Ende April gehäuft E-Mails an Computernutzer in Rheinland-Pfalz und behaupten, ein Trojaner sei auf dem Computer oder Handy installiert. Weil angeblich auch die Kamera gehackt wurde, soll der Adressat nun beim Anschauen pornografischer Materials und bei sexuellen Handlungen gefilmt worden sein. Gegen ein Lösegeld von 500 Euro, die an eine Bitcoin-Adresse überwiesen werden sollen, würde das Material nicht veröffentlicht. Das LKA rät, nicht auf solche Drohungen zu antworten und kein Geld zu überweisen. Zudem sollte die Monitorkamera grundsätzlich verdeckt und nur falls nötig freigelegt werden.